

lassen die vom 14. Versteck beschlossenen Unterstüchtungstage des Partei für die Jugend sein. Sammeln wir die besten Massen der Jungarbeiter zum Aufmarsch am 5. und 6. September in Meissen.

Gegen den imperialistischen Krieg! Für die volle Einheitsfront der jungen und erwachsenen Arbeiter! Der Tag der arbeitenden Jugend, ein historischer Tag in der Geschichte der Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Sozialdemokratische Niederträchtigkeiten

522

Die „L. B.“ über die zur Veröffentlichung des Briefes der Exekutive, in dem Moment, wo Genosse Maslow vor den Schranken der deutschen Massenjustiz steht, es sich um einen Schurkenstreich handelt. Die „L. B.“ drucken diesen Sermon mit Hochachtung ab. Der Brief der Exekutive nehme zum Angriffsobjekt jenseits des Genossen Maslow, auf die ihn ihm der Oberreichsanwalt den Vrasch wegen Hochverrats machte. Koch nie ist in einem proletarischen Partei ein dertartiger Dolchstoß gegen den eigenen Führer verübt worden.

Wozum handelt es sich? In dem Brief der Exekutive wird Kritik geübt an der Schrift des Genossen Maslow: „Die zwei Revolutionen des Jahres 1917“. In dieser Schrift hatte Genosse Maslow Stellung genommen zum 3. Weltkongress und erklärt, daß er die Haltung des Genossen Lenin gegen die linken Gefahren auf diesem Kongress für falsch erachte. Diese Stelle greift die Exekutive auf und tut nichts weiter als das, wozu sie berechtigt und verpflichtet war: sie weist den Angriff des Genossen Maslow auf Lenins Haltung als einen Angriff auf den Leninismus überhaupt klar und scharf und sachlich zurück.

Was will aber die „L. B.“? Sie will bei der Arbeiterklasse den Anschein erwecken, als ob der Staatsanwalt durch den Brief der Exekutive Material gegen den Genossen Maslow in die Hand gegeben worden wäre. Das ist eine infame Lüge. Denn jede sachliche Durchsicht der Äußerung der Exekutive muß feststellen, daß sie keinerlei Belästigung des Genossen Maslow enthält, sondern nur eine Kritik seiner theoretischen und praktischen Stellungnahme in innerpolitischen Fragen der SPD.

Es ist eine glatte demagogische Verdrehung, wenn das Leipziger sozialdemokratische Organ hier von Schurkenstreich und Dolchstoß spricht.

Wir allerdings sind in der Lage, wirkliche Schurkenstreiche, die von den sozialdemokratischen Führern an der Arbeiterklasse verübt worden sind, aufzuzeigen. Wir wollen hier nur den Namen Koste nennen, wir wollen uns an das Verhalten der sozialdemokratischen Parteizentrale und fast der gesamten sozialdemokratischen Presse im Falle J. C. J. erinnern, der von der Sozialdemokratie der bürgerlichen Schandjustiz ausgeliefert und dazu noch von der SPD-Presse in der gemeinsten, unflätigsten Weise beschimpft wurde. Wir wollen auch den Schurkenstreich Paul Levis nicht vergessen, der dem Staatsanwalt durch eine Proklamation über den Märzaufruf von 1921 das Material in die Hand gab, auf Grund dessen unzählige Klassenkämpfer in die Kerker der sozialdemokratischen Koalitionsrepublik geworfen wurden. Schurkenstreiche über Schurkenstreiche, die die sozialdemokratische Parteiführerschaft verübt hat. Jeder denkende Arbeiter wird uns zugeben müssen, daß die Schurkerrei der „L. B.“ über den „Dolchstoß gegen Maslow“ eine infame Niederträchtigkeit ist, die nur Ekel und Abscheu erregen kann.

Die Dawespleite

Berlin, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Sichelkongress sind ernste finanzielle Schwierigkeiten entstanden. An den Stimmstrich schließt sich die Pleite eines anderen großen Konzerns an, der aus der Zeit vor dem Kriege stammt und sich vor allem in der Inflationszeit ausgedehnt hat. Die Gesellschaft betrieb vor allem den Eisenhandel und hat sich in ihrer Entwicklungszeit zahlreiche chemische Fabriken, Schiffahrtsunternehmen, Maschinenbauunternehmen usw. angegliedert. Seine Dachgesellschaft hatte der Konzern schon beigesteuert, nämlich im Juni 1920, in die Schweiz verlegt. Doch auch diese Flucht ins valaisische Ausland hat die aus der Kreditkrise in Deutschland entstandene Pleite des Sichelkonzerns nicht zu verhindern vermocht.

Der Schwager vor dem Völkerbund

Vor dem Völkerbund erstattete der schwedische Außenminister über den Bericht der Moskalkommission. Dann sprach der englische Kolonialminister. Er stellte mit Befriedigung fest, daß der Rat den türkischen Antrag auf Volksabstimmung abgelehnt habe und England das Mandat zusprach.

Streik in der chemischen Industrie in Leipzig

Leipzig, 5. Sept. Hier sind 2000 Arbeiter der chemischen Industrie in Streik getreten, weil die Unternehmer der chemischen Industrie Tarifgebiet Sachfen jede Lohnerhöhung ablehnten. Der Streik wird sich sehr bald auf ganz Sachfen ausdehnen und wird 15 000 Arbeiter umfassen. Vor Zutug wird gewarnt.

Der Polizeikampf gegen die SPD.

Stuttgart, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern früh wurde der Bezirksleiter der SPD, Württemberg, Genosse K. H. L. von der Polizei aus dem Bett heraus verhaftet. Es wird ihm zur Zeit gelangt, in seiner Rede zum Raten Tag in Ulm am 2. Septbr. aufzufordern zu haben zur Vorbereitung des Hochverrats und zum Bürgerkrieg. Genosse Madalena ist nach der Vernehmung wieder entlassen worden.

Für die Vollamneistie

Jena, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Radolfstädter Gemeindevertretung hat in ihrer vorgestrigen Sitzung mit 9 gegen 7 Stimmen einen Antrag der Kommunisten angenommen, der die Vollamneistie fordert. Der Antrag ist an den Landtag weitergeleitet worden. Für den Antrag ist an den Landtag weitergeleitet worden. Für den Antrag ist an den Landtag weitergeleitet worden.

Neuwahlen in Preußen?

Als aus Berlin gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung in Preußen, den Landtag gleich nach Zulassenertritt desselben aufzulösen. Ob es zu einer solchen Auflösung kommt, ist noch ungewiß, da das Zentrum, die Koalitionspartei der SPD, bei den letzten Schicksalsfragen in der eigenen Reihen wohl einer Auflösung nicht zustimmen dürfte.

Prozess gegen den Genossen Maslow

Schluss des 1. Verhandlungstages.

In der Nachmittags-Sitzung des ersten Verhandlungstages führt Maslow im allgemeinen Teil seiner Kritik der Anklageschrift fort und bepricht die zweite Nachtragsanfrage.

Zunächst handelt es sich um die Septembervorgänge 1923. Maslow weist nach, daß es sich damals bei den Differenzen zwischen Parteimehrheit und Minderheit keineswegs um die Frage des früheren oder späteren Losschlagens handelte. Er bezieht über seine von der Parteimehrheit veranlaßte Reise nach Moskau, wo er sich mit agrartheoretischen Studien beschäftigte und Ueberlegungen gemacht habe. Er weist nach, daß er die ihm zugesprochenen Rundschreiben aus Moskau aus vielen Gründen nicht verfaßt haben konnte. Maslow erzählt weiter von seiner Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an Konferenzen über die deutsche, speziell über die Sachsenfrage, die ihm als Hochverrat angekreidet worden ist. Er betont, es lasse sich allemal belegen, daß er gerade in jener Zeit als „pessimistisch verhalten“ an eine äußerst langsame Entwicklung der Dinge in Deutschland geglaubt habe. Er verweist auf die Fälle Cahin (Frankreich) und Bordiga (Italien) hin, die von ganz gleichartigen Anklagen freigesprochen sind.

In seinen weiteren Ausführungen zerstört er die Legende, er sei als bolschewistischer Kommissar nach Deutschland gekommen.

Er habe sich schon seit 1898 in Deutschland auf, habe an der Kreuzschule in Dresden das Naturum gemacht, an der Universität Berlin Naturwissenschaft und Mathematik studiert. Durch den Krieg sei er von der theoretischen Zustimmung zum Marxismus, zur praktischen Tätigkeit, zum Anschluß an den Spartakusbund gekommen.

Nach der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburg sei er im Parteiaustrag nach Danemark gefahren, kam Juli 1919 nach Deutschland zurück und blieb, bis auf den vorerwähnten Aufenthalt in Russland, ununterbrochen dort.

Jum Schluss seiner Ausführungen protestiert Maslow gegen seine lange Unternehmungshaus, die ihm ein Wagnisleiden, ein Obrenleiden und andere körperliche Schädigungen eingebracht hat.

Nachdem tritt man in die spezielle Erörterung der einzelnen Anklagepunkte ein und beginnt mit der Verlesung der Dokumente, auf die sich die Anklage stützt.

Zunächst kommen einige auf den Cuno-Streit sich beziehende Schriftstücke zur Verlesung: ein Artikel aus der „N.F.“, ein Aufsatz Boiters aus der „S.F.Z.“, sowie ein Flugblatt der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg. Im Anschluß hieran wird die Beteiligung der Genossen Grolewicz, Schlichte und Schumacher am Cuno-Streit behandelt. In diesem Zwecke sollen Protokolle verlesen werden, die im Bureau der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg gefunden sein sollen. Schumacher bezeugt die Echtheit der Protokolle, die Berichte über die Streiffrage usw. enthalten. Es wird beschlossen, den Zeugen Kriminalkommissar Bonak später über die Echtheit zu vernahmen, und man beginnt inzwischen die Verlesung.

2. Verhandlungstag.

Verlesung von Schriftstücken und Aussprache über die hochverräterischen Sprechschre.

Die Verlesung von Schriftstücken wird fortgesetzt. Zunächst handelt es sich um die Differenzen in der Frage der Einheitsfronttaktik. Hierzu werden Artikel Maslows in der „Internationale“ aus dem Jahre 1924 herangezogen.

Maslow erklärt hierzu, daß sich den Anschauungen der Minderheit (Gruppe Maslow) die gesamte Partei angeschlossen. Er wendet sich dagegen, daß der Begriff des Angriffs mit Heugabel- oder Handgranatenromantik zusammengedrückt wird. In Zitaten weist er nach, daß sich das Proletariat in Offensiv befand, daß die Forderungen Tagesforderungen zur Bildung einer Abwehrfront gegen das Weltvorkommen des Bürgertums waren. Die Verlesung schließt mit der Feststellung, daß es sich um einen rein theoretischen Artikel handelt, der mit Hochverrat nichts zu tun hat.

Hierauf wird die Propagandatätigkeit der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg erörtert. — Es werden zwei Flugblätter verlesen. Das eine wendet sich gegen den Terror gegen die Kommunisten im preussischen Landtag. Es enthält die Aufforderung zu einer Demonstration für die Verlesung der Einheitsfront des Proletariats zum Kampf für Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Das Flugblatt ist unterzeichnet von der

Ausdehnung der Streikbewegung in China

Wie aus Moskau gemeldet wird, ergriff die Streikbewegung in China in letzter Zeit auch chinesische Unternehmungen. Die Buchdrucker, Eisenbahner, Post- und Telegraphenangestellten und Textilarbeiter mehrerer Industriezentren übertrugen eine Reihe von Forderungen, wie Lohnerhöhung, Achtstundentag, Urlaub und Anerkennung der Gewerkschaften, wobei betont wird, daß die Streikbewegung gegen die chinesischen Unternehmungen rein ökonomischen Charakter trägt und nicht, wie sämtliche Streiks in den Betrieben der Ausländer, einen politischen. Die Arbeiterklasse marschiert an der Spitze der national-revolutionären Bewegung und trägt die Hauptlast des Kampfes gegen die ungleichen Verträge und für die Jollautonomie. Gleichzeitig führt die Arbeiterklasse den Kampf um die Verbesserung der eigenen Lage. Ein Aufruf des Schanghaier Gewerkschaftsrates betont, daß die Löhne seit zehn Jahren die gleichen geblieben seien trotz eingetretener hundertprozentiger Teuerung. Deshalb müßten die chinesischen Unternehmer die Arbeiterforderungen annehmen, andernfalls der Streik erklärt werden müsse. Der national-revolutionäre Kampf spricht sich einerseits gegen England zu, rückt jedoch andererseits gleichzeitig die innere Klassenkampffront auf. Eine Reihe von Streiks endete bereits mit dem Siege der Arbeiter.

Reaktion in der Schule

Die Reichsregierung hat einen Schulgeleitwurf ausgearbeitet und den Ländern zugestellt, der einen starken Vormarsch der Reaktion auf dem Schulgebiete bedeutet. Die Bekennerschule wird die entscheidende Schule sein. Die Religionsfreiheit wird glatt über den Haufen geworfen. Die gesamten Arbeiteltern müssen schon jetzt gegen diesen Plan der Reaktion schärfste Kampfstellung einnehmen.

Gewaltige Erblionskatastrophe

Leita, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) In dem Bergwerf Teihola auf Konea ereignete sich eine Explosion, wobei 567 Bergleute getötet wurden.

Zentrale der Partei und unterschrieben von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg. Der Reichsanwalt wird gefragt, worin er denn in diesem Flugblatt Hochverrat erkenne. Er ist sich aber selbst darüber nicht klar und verdirgt seine Schwäche hinter der Ausrede, er werde in seinem Bildbogen darauf eingehen.

„Ein zweites Flugblatt lautet: „Schmeißt euer Schindlader“. Es schließt mit der Aufforderung: „Hinein in die SPD“. Ein reines Werbeflugblatt also. Nichts, was einen Anhaltspunkt für Hochverrat bieten könnte. Die Verlesung des Ganzen erscheint nur als plumpe Stimmungsmache für Bürger, die von Arbeiterbewegung und Arbeitersprache nichts verstehen.

Kampf, Aktion, Einheitsfront-Kampagne.

Dann kommt ein Bericht des Parteitagess vom Sommer 1923. In diesem Bericht ist von Antifaschistentag, Hungerstreiken und der Kampagne im Ruhrgebiet die Rede. Der Hochverrat besteht nach Meinung des Vorsitzenden in dem Wort: „Kampagne“ (!). Genosse Maslow berührt das Gericht mit der Feststellung, daß ja gegenwärtig eine Kampagne für den Cuno eines Zeppelinluftschiffes durchgeführt wurde, daß also Kampagne an sich kein gemeingefährliches Wort sei. Weiterhin wird von Kampagne gegen die große Koalition gesprochen. Als Hochverräterisch wird vom Reichsanwalt die Aufforderung zur Verlesung der Propaganda für die Arbeiterregierung unter dem Mittelstand u. a. — auch durch Sprachschere (!) angesehen.

Genosse Maslow nimmt hierauf Stellung zur Äußerung der Arbeiterregierung. Er weist nach, daß von der Partei in Leipzig unter Arbeiterregierung verstanden wurde, im Rahmen und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, mit den Nachmitteln des demokratischen Staats, Arbeiterpolitik zu treiben. Wenn die Berliner Organisationskommission für utopisch gehalten und sich dagegen gewandt habe, so ist das innerhalb der Partei geschehen. Nach außen war die Diskussion durch Parteidisziplin an die Beschlüsse der Reichskonferenz gebunden. Auch als Belästigungsmaterial wird ein Rundschreiben von Berlin-Brandenburg, Abt. Lond. verlesen, in dem die Rede ist, daß man daran gehen müsse, die im Cuno-Streit aufgetretenen Widerstände zu überwinden.

Hierauf werden die Vorgänge im Cuno-Streit angeführt. Grolewicz ist in ein Organisationskomitee für den Fall eines Generalstreiks am 16. August gewählt worden. Er hat ein Rundschreiben verfaßt, in dem eine Kurierpost angelegt war. Der Zweck der Maßnahme war rein organisatorischer Art. Für den Fall eines Generalstreiks sollte die Verbindung einer Verbindung mit den Bezirken durch diese Kurierpost hergestellt werden. Ohne daß ein Beleg dafür vorhanden ist, hat der Herr Reichsanwalt, wie logar der Vorliegende feststellt, diese organisatorische Vorbereitung zu einer Vorbereitung für einen Generalstreik und den bewaffneten Ausfall gemacht.

Dies ist eine träge, tendenziöse Entstellung der Tatsachen.

Fünfschneerauswahl der Berliner Betriebsräte.

Es kommt dann ein Flugblatt des Fünfschneerauswahls der Berliner Betriebsräte zur Verlesung, in dem unter anderem auch Schlichte ist. Ein Plakat dieser Streikleitung wird als furchtbar belästigendes Material gegen den Angeklagten Cuno angeführt.

Schlichte äußert sich dazu, daß die Verhältnisse, die zum Generalstreik führten. Er schildert, wie die Direktion über die Arbeiterklasse aufgelockert hatte, sich mit ihrem Unwillen nicht an sie, sondern an die Regierung zu wenden, die den Zustand und die wirtschaftlichen Umstände erzeugt habe. Von dem Drängen der Arbeiterklasse getrieben, haben dann die Betriebsräte nachgegeben. Diese und nicht die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg haben dann eine Vollversammlung der Berliner Betriebsräte einberufen und den Generalstreik proklamiert.

In der Folge liest der Vorliegende verschiedene Entwürfe vor, die beweisen sollen, daß die Berliner Bezirksleitung der Arbeiterklasse vorbereitet und propagiert habe. Es handelt sich hier lediglich um Abwehr des drohenden, konzentrierten Angriffes, was auch Genosse Maslow wiederholt zu erklären versucht. Er wird aber immer und immer wieder vom Reichsanwalt in seinen Ausführungen unterbrochen mit dem Hinweis, daß seine Ausführungen über die Durchsicherung der Fortschrittsparteis durch die Faschisten nicht zur Sache gehörig seien. Der Vorliegende erklärt, es handle sich um Berlin, nicht über Bayern. Auf diesen Einwurf macht Genosse Maslow die folgende Bemerkung: daß es seiner Ansicht nach nicht je eine Parteiverfassung für Berlin und eine für Bayern gäbe.

Vertammunastalender

Bezirksleitungssitzung. Sonntag, den 6. September, 11 Uhr im Restaurant „Eisenfelder“, Dresden, Hauptstraße. Stellungnahme zum Offenen Brief der Exekutive, Bericht des Genossen E. Schmeier, Berlin. Alle 22 Mitglieder der U.B. und die Mitglieder der U.B.-Leitung werden unbedingt zu erscheinen!

Jellengruppe Johannstadt. Montag, den 7. September, abends 7.30 Uhr Funktionärsversammlung beim Genossen Döring, Kaulbachstraße 4. Alles hat zu erscheinen.

SPD. Kadeberg. Dienstag, 8. September, abends 7.30 Uhr Wichtige Funktionärsversammlung bei Juchold, Bahnhofstraße. Funktionäre haben zu erscheinen.

SPD. Abteilung 4. Montag, den 7. September, im Götterbrunnen Mitgliederversammlung. Renaunahmen! Jeder hat zu erscheinen.

SPD. Abt. 4. Kaulbach-Str. Montag, 7. Sept., haben alle Gruppenführer, welche noch im Besitze von Lambourmer sind, auf dem bekannten Sammelplatz rechts abzutreten.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Nitten-Rabitz. Montag, den 7. September, abends 7.30 Uhr im „Sol'enen Lamm“. Gruppenleitung. Vortrag: Land und Leute in China. Berichtslesung. Erscheinen aller Genossen und Genossen ist größte Pflicht. Güte willkommen.

Freidenker Grana, Seiditz, Reid. Montag, den 7. September, abends 7 Uhr, bei Hausolds Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Döring, „Reisebilder“.

Freidenker Reuditz, Strahlen. Sonnabend, den 5. September, abends 7.30 Uhr im Dorotheenhof Hauptversammlung. 1. Bericht von der Hauptversammlung in Leipzig am 8. und 9. August und Neukner. 2. Die Spaltung.

Gemeinschaft prof. Freidenker, Ortsgruppe Saagen. Montag, 7. Sept., abends 7.30 Uhr, findet im Restaurant „Zur Sonne“, Norditz, (Gewerkschaftshaus) Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht von den Bezirkskonferenzen und Bericht von der Hauptversammlung in Leipzig am 8. und 9. August. Berichterstatter Genosse Karl Schmidt, Roman. Anschließend freie Aussprache.

Arbeiter, Jugendliche! Heute heraus zum Jugendtag in Meissen. Au! zur Demonstration gegen Reaktion, für die Einheitsfront der Jungproleten!